► von Svenja Spunck

Nach einem wochenlangen Diskussionsprozess, Schlägereien im Parlament und kleineren Demonstrationen wurde am 27. März im türkischen Parlament das neue Gesetzespaket zur öffentlichen „Sicherheit“ beschlossen. Darin enthalten sind zahlreiche Maßnahmen, die den Weg zu einem Polizeistaat ebnen. Dass diese Gesetze kurz vor den kommenden Wahlen im Juni in einer nächtlichen Parlamentssitzung beschlossen wurden, ist kein Zufall. Die Regierung **AKP [1]** unter **Recep Tayyip Erdoğan** [2] versucht zum einen, am rechten, nationalistischen Rande der Gesellschaft nach Stimmen zu fischen, zum anderen, die Oppositionsparteien einzuschüchtern und die Meinungsfreiheit im Lande weiter zu reduzieren.

Während es im Parlament noch tumultartige Szenen bei der Debatte um das Gesetz gab, blieb es auf den Straßen bislang allzu ruhig. Zwar wurden die Gesetze selbst von der bürgerlichen Opposition wie der **kemalistisch [3]**-nationalistischen **CHP [4]** als „Abschaffung des Rechtsstaates“ gebrandmarkt. Ihre „Gegenaktion“ beschränkt sich bislang jedoch auf eine Klage vor dem Verfassungsgericht und die „Drohung“, Erdoğan bei den Wahlen die Rechnung zu präsentieren.

❖ [5]**weiterlesen** [6]

Quell-URL: https://kritisches-netzwerk.de/content/tuerkei-akp-peitscht-drakonische-sicherheitsgesetze-durch?page=52#comment-0

Links
[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Adalet_ve_Kalk%C4%B1nma_Partisi
[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Recep_Tayyip_Erdo%C4%9Fan
[3] http://de.wikipedia.org/wiki/Kemalismus
[4] http://de.wikipedia.org/wiki/Cumhuriyet_Halk_Partisi
[5] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/klage-gegen-israels-regierungschef-netanjahu-chile-eingereicht
[6] http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/tuerkei-akp-peitscht-drakonische-sicherheitsgesetze-durch